

Absender:

**Faktionen SPD, Bündnis 90 - DIE  
GRÜNEN, Die Linke., Gruppe Die  
Fraktion P<sup>2</sup>**

**18-09765**

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Zukunft des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg öffentlich beraten  
- Änderungsantrag zum TOP "Gutachten Flughafen öffentlich  
beraten"**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.12.2018

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Status

18.12.2018

Ö

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die wesentlichen Inhalte des Gutachtens zur Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH, die öffentlich verfügbar gemacht werden können, in einer öffentlichen Mitteilung zusammenzufassen. Sie soll im Finanz- und Personalausschuss im öffentlichen Teil beraten werden.

Dabei ist die derzeitige Lage/Situation des Flughafens darzustellen und zu bewerten. Ziel der Debatte ist eine Verständigung über die allgemeine Zukunftsausrichtung des Flughafens.

Auf eine enge Abstimmung mit der Mitgesellschafterin und Mitauftraggeberin Stadt Wolfsburg, der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat ist zu achten.

**Sachverhalt:**

Das Gutachten zum Flughafen Braunschweig-Wolfsburg liegt aus den von der Verwaltung dargelegten Gründen den Ratsgremien bisher nur als nichtöffentliche Mitteilung vor. Es ist erforderlich, dass öffentlich und mit absoluter Transparenz über die zukünftige Ausrichtung des Flughafens diskutiert wird.

Es ist Konsens und durch das Gutachten eindrucksvoll dargelegt worden, dass beim Flughafen Braunschweig-Wolfsburg Handlungsbedarf besteht. Grundlage aller Maßnahmen muss eine öffentliche und politische Verständigung über die Zukunftsausrichtung dieser öffentlichen, auch in Zukunft auf Zuschüsse angewiesenen Infrastruktureinrichtung sein.

**Anlagen:** keine